

## Gemeinsam gegen Ausgrenzung und für ein gerechtes Gesundheitssystem!

**Berlin, 18. Februar 2025 – 136 Akteure aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich erheben ihre Stimme gegen Ausgrenzung und für einen verbesserten Zugang zu gesundheitlicher Versorgung für alle. Sie sind besorgt über populistische und menschenverachtende Aussagen bis weit in die politische Mitte hinein, die die berechnete Unzufriedenheit mit dem Gesundheitssystem vieler Menschen nutzen, um gegen Migrant\*innen, geflüchtete und armutserfahrene Personen, Menschen mit Behinderungen und andere sozial benachteiligte Gruppen zu hetzen. Stattdessen muss eine neue Bundesregierung das Thema Gesundheit wieder hoch auf die Agenda setzen und die Frage angehen, wie der Zugang zu Gesundheitsversorgung für alle in Deutschland lebenden Menschen verbessert werden kann.**

**Gesundheit ist ein Menschenrecht!** Deutschland hat sich in internationalen Verträgen verpflichtet, gesunde Lebensbedingungen und einen diskriminierungsfreien Zugang zur gesundheitlichen Versorgung für die gesamte Bevölkerung sicherzustellen.

Wir - das sind Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Verbände für Menschen mit Behinderungen, humanitäre und Menschenrechtsorganisationen, Migrant\*innenorganisationen, Patient\*innen- und Selbstvertretungen und viele mehr - **erleben täglich, wie ungleich die Chancen von Menschen sind, gesundheitliche Versorgung zu erhalten.** Viele Menschen in Deutschland stehen vor massiven Barrieren, wenn sie gesundheitliche Versorgung benötigen. Besonders betroffen sind wohnungslose, geflüchtete und armutserfahrene Menschen sowie Menschen ohne Krankenversicherung oder mit Behinderungen.

**Die Hindernisse im Zugang zur Gesundheitsversorgung** sind für benachteiligte Bevölkerungsgruppen besonders sichtbar, betreffen aber auch die breite Bevölkerung. Lange Wartezeiten auf Termine, fehlende Angebote im ländlichen Raum oder in ärmeren Stadtteilen, Ungleichbehandlung zwischen privat und gesetzlich Versicherten, Sprachbarrieren, fehlende Informationen und bürokratische Hürden sind nur einige Beispiele struktureller Diskriminierung. Diese Barrieren werden durch eine Ausrichtung des Gesundheitswesens auf ökonomischen Gewinn verstärkt. Sie führt dazu, dass Angebote nicht dem Bedarf entsprechend, sondern auf der Grundlage von Profitchancen auf- und ausgebaut werden.

**Von einem niedrigschwellig zugänglichen und gerechteren Gesundheitssystem würden alle Menschen in Deutschland profitieren.** Positive Erfahrungen und Lösungsansätze gibt es bereits, sowohl international als auch in Deutschland. Erste Ansätze zur Stärkung einer niedrigschwelligen, multiprofessionellen

Primärversorgung und zum Ausbau eines diversen, inklusiven und barrierefreien Gesundheitswesens wurden in der letzten Legislaturperiode intensiv diskutiert. Strukturelle Verbesserungen sind aber letztlich nicht auf den Weg gebracht worden.

**Der daraus entstehende Frust bildet einen gefährlichen Nährboden für Ressentiments und Populismus**, der genutzt wird, um gegen Migrant\*innen, geflüchtete und armutserfahrene Personen, Menschen mit Behinderungen und andere sozial benachteiligte Gruppen Stimmung zu machen. Dabei bedienen sich längst nicht mehr nur Rechtsextreme ausgrenzender und menschenverachtender Narrative. Bis weit in die politische Mitte hinein werden – oftmals auf faktisch falschen Behauptungen basierend – Ängste geschürt und Feindbilder erzeugt, die die Gesellschaft spalten. Davon profitieren, wie man inzwischen nachweisen kann, allerdings vor allem rechtsextreme Parteien.

**So werden Gruppen gegeneinander ausgespielt, strukturelle Probleme aber nicht angegangen.** Mehr noch: Eine Politik, die Grenzen schließen, Migration verhindern und Sozialleistungen für ohnehin marginalisierte Personengruppen abschaffen will, wird strukturelle Diskriminierungen in unserer Gesellschaft weiter befördern und den Zugang zu gesundheitlicher Versorgung für weite Teile der Bevölkerung sogar verschlechtern. Bereits bestehende Probleme im Zugang, strukturelle Ungleichbehandlung und Ungerechtigkeit in der Gesundheitsversorgung werden zunehmen. Bei weiterem Erstarken rechtsextremer Kräfte fürchten wir auch den Wegzug des Gesundheits- und Pflegepersonals mit eigener oder familiärer Migrationsgeschichte. Dabei ist unser Gesundheitssystem dringend auf diese Fachkräfte angewiesen.

**Diese Spaltungstendenzen möchten wir nicht länger hinnehmen!** In der Initiative Gesundheit Unteilbar vereinen sich Akteure der Zivilgesellschaft und des Gesundheitswesens. Gemeinsam möchten wir diesen Entwicklungen zwei Dinge entgegensetzen:

1. **Ein klares Bekenntnis zur Solidarität und gegen das Ausspielen verschiedener Gruppen gegeneinander.** Jeder Mensch in Deutschland hat das Recht auf notwendige gesundheitliche Versorgung, niemand darf dabei diskriminiert werden!
2. **Gemeinsame Lösungen für einen diskriminierungsfreien und gerechten Zugang zum Gesundheitssystem.** Barrierefreiheit in der Gesundheitsversorgung kommt allen zugute, nicht nur marginalisierten Bevölkerungsgruppen. Unser Netzwerk vereint Expert\*innen unterschiedlicher Fachgebiete, die konkrete Vorschläge und Forderungen für notwendige Verbesserungen im Gesundheitswesen haben.

## Die wichtigsten Forderungen auf einen Blick:

- Ein einheitliches Krankenversicherungssystem, das alle in Deutschland lebenden Menschen einschließt, bedarfsgerecht versorgt und das durch alle nach ihren Möglichkeiten sozial gerecht und nachhaltig finanziert wird
- Multiprofessionelle Primärversorgung (verschiedene Gesundheitsdienste unter einem Dach) - wohnortnah, niedrigschwellig und bedarfsgerecht
- Barrierefreie Praxen und Krankenhäuser; für alle verständliche Informationen, auch in einfacher Sprache und Gebärdensprache
- Transparente und gerechte Terminvergabesysteme
- Bedarfsplanung, die sozioökonomische Faktoren stärker in den Blick nimmt
- Gemeinwohlorientierte, miteinander verzahnte ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung, inkl. Notfallversorgung
- Verstetigte und ausreichend finanzierte niederschwellige gesundheitliche und psychosoziale Versorgungsangebote für marginalisierte Bevölkerungsgruppen mit spezifischen Bedarfen (z. B. geflüchtete, von Gewalt betroffene oder wohnungslose Menschen)
- Stärkere Berücksichtigung von Prävention und Gesundheitsförderung sowie (psycho)sozialen Faktoren im Gesundheitswesen
- Flächendeckend qualifizierte Sprachmittlung in der Gesundheitsversorgung
- Anti-Diskriminierungstrainings und Entwicklung von diversitätsorientierter Kompetenz in der Aus- und Fortbildung für Gesundheitsberufe sowie die Verankerung in Curricula und institutionellen Strukturen
- Lob- und Beschwerde-Strukturen zur Meldung von Diskriminierungsvorfällen in Versorgungseinrichtungen sowohl für Gesundheitspersonal als auch Patient\*innen

**Als Initiative Gesundheit Unteilbar fordern wir, dass die politische Debatte sich wieder darum dreht, wie gesundheitliche Versorgung wirklich für alle verbessert werden kann.**

## Unterzeichnende Organisationen:

Abschiebehaftberatung Nord  
Aktionsbündnis gegen AIDS  
Anonymer Krankenschein Bonn e.V.  
Arbeitsgemeinschaft der  
Sozialdemokrat:innen im  
Gesundheitswesen Hessen-Süd  
Armut und Gesundheit in Deutschland  
e.V.  
Armutsnetzwerk e.V.  
ARWED e.V.  
Ärzte der Welt e.V.  
Attac Deutschland  
Aufbruch Gesund & Gerecht  
AWO Bundesverband  
AWO Landesverband Berlin e.V.  
BACK Bundesarbeitsgemeinschaft  
Anonymer Behandlungsschein und  
Clearingstellen für Menschen ohne  
Krankenversicherung  
BAfF e.V. - Bundesweite  
Arbeitsgemeinschaft Psychosozialer  
Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer  
BaWaBs e.V. - Baden-  
Württembergischer anonymer  
Behandlungsschein  
Bayerischer Flüchtlingsrat e.V.  
Beauftragter für Partizipation und  
Integration - Bezirksamt Lichtenberg  
von Berlin, Fabian Nehring  
Berliner Bildungscampus für  
Gesundheitsberufe gGmbH  
Berliner Zentrum für Selbstbestimmtes  
Leben behinderter Menschen e.V.  
Bischof-Hermann-Stiftung Münster  
BKE Landesverband NRW e.V.  
BUMAH – Bundesfachverband zur  
Unterstützung von Menschen in  
Abschiebehaft  
Bundesarbeitsgemeinschaft der  
Patientenstellen BAGP  
Bundesarbeitsgemeinschaft  
Wohnungslosenhilfe e.V.  
Bundesfachverband Minderjährigkeit  
und Flucht (BuMF) e.V.  
Bundesverband evangelische  
Behindertenhilfe e.V. (BeB) - der  
evangelische Fachverband für Teilhabe  
Bundesverband Netzwerke von  
Migrant\*innenorganisationen (NeMO)  
e.V.  
Bundesverband Selbsthilfe  
Körperbehinderter e.V.  
Bundesverband Trans\*  
Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.  
CABL e.V. - Clearingstelle und  
Anonymer Behandlungsschein Leipzig  
Café 104 - Aufenthaltsrechtliche  
Beratung für Menschen ohne Papiere  
Care Revolution Rhein-Main  
Caritasverband Hannover e. V.  
Cochlea Implantat Verband NRW e.V.  
Condrobs e. V.  
DAG SHG - Deutsche  
Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen  
e.V.  
Der Paritätische Gesamtverband  
Deutsche Aidshilfe  
Deutsche Gesellschaft für  
Geschlechtsspezifische Medizin e.V.  
(DGesGM)  
Deutsche Gesellschaft für Public Health  
e.V.  
Deutsche Gesellschaft für Systemische  
Therapie, Beratung und  
Familientherapie (DGSF e.V.)  
Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit  
im Gesundheitswesen e. V. (DVSG)  
Deutscher Berufsverband für Soziale  
Arbeit e. V.  
Deutscher Gehörlosen-Bund e. V.  
Deutscher Hebammenverband e. V.

Deutscher Pflegerat e.V.  
DGB Bundesvorstand  
Diakonie Deutschland  
Empowerment für Diversität - Allianz für  
Chancengleichheit in der  
Gesundheitsversorgung  
Fachstelle für Sexualität und  
Gesundheit – Aidshilfe Münster e.V.  
Feministische Medizin e.V.  
Flüchtlingsrat Berlin e.V.  
Flüchtlingsrat Brandenburg e.V.  
Flüchtlingsrat Bremen  
Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.  
Forum interkulturelles Leben und  
Lernen e.V. (FiLL)  
GEBEWO pro gGmbH  
GePGeMi e.V. -Gesellschaft für  
Psychosoziale Gesundheitsförderung  
bei Migrant\*innen-  
Gesellschaft gegen  
Gewichtsdiskriminierung e.V.  
Gesundheit für Alle! - Clearingstelle für  
Gesundheitsversorgung Hannover  
Gesundheitsladen München e.V.  
Gesundheitsmobil Lübeck  
GGUA Flüchtlingshilfe e.V.  
GLJ- Interkulturelle Trainings &  
Beratung  
Handicap International e.V. –  
Crossroads  
hoffnungsorte hamburg / Verein für  
Innere Mission - Hamburger  
Stadtmission  
Institut für Allgemeinmedizin  
Interessenvertretung Selbstbestimmt  
Leben in Deutschland e.V. (ISL)  
Internationaler Bund e.V.  
IPPNW -Ärzt\*innen für die Verhütung  
des Atomkrieges /Ärzt\*innen in sozialer  
Verantwortung e.V.  
Junger DBSH – Junger Deutscher  
Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.  
Kaufpark Apotheke - Ina Lucas & Maria  
Zoschke OHG  
Kaufpark Apotheke, Inh.: Ina Lucas &  
Maria Zoschke oHG  
KLIK e.V. Rechte & Ressourcen für  
wohnungslose Menschen, Berlin  
KOK – Bundesweiter  
Koordinierungskreis gegen  
Menschenhandel e.V.  
Kontaktstelle Pflege - Engagement  
Berlin Lichtenberg  
Koordinierendes Zentrum für  
traumatisierte Geflüchtete (Centra),  
Hamburg  
Kritische Medizin München  
kritnet – Netzwerk kritische Migrations-  
und Grenzregimeforschung  
Landesarmutskonferenz Rheinland-  
Pfalz  
Landesarmutskonferenz Sachsen-  
Anhalt  
Landesnetzwerk  
Migrantenorganisationen Sachsen-  
Anhalt (LAMSA) e.V.  
Landesverband Sozialpsychiatrie  
Mecklenburg-Vorpommern e.V.  
Landesvereinigung für Gesundheit und  
Akademie für Sozialmedizin  
Niedersachsen Bremen e. V. - LVG & AFS  
Law Clinic an der Bucerius Law School  
Legal Clinic Dortmund e.V.  
Lichtenberg Apotheke Ina Lucas & Maria  
Zoschke OHG  
Lichtenberg-Apotheke  
Liste der demokratischen Ärztinnen und  
Ärzte Hessen  
Maaßen-Stiftungs-gGmbH  
Medibüro Berlin  
Medibüro Chemnitz e. V.  
Medibüro Kiel e.V.  
MediNetz Bielefeld im AK Asyl e. V.  
Medinetz Dresden e. V.  
MediNetz Essen e.V.

MediNetz Frankfurt/Offenbach  
Medinetz Gießen e.V.  
medinetz Göttingen. solidarity with  
migrants! e.V.  
MediNetz Jena  
MediNetz Kassel  
MediNetz Koblenz e.V.  
Medinetz Marburg e.V.  
MediNetz Rhein-Neckar e.V.  
MediNetz Würzburg e.V.  
MediNetzBonn e.V.  
Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum  
e.V.  
Medmissio  
MINA - Leben in Vielfalt e.V.  
MVP Bremen e.V. - Verein zur Förderung  
der gesundheitlichen und  
medizinischen Versorgung von  
papierlosen und nichtversicherten  
Menschen in Bremen e.V.  
Nationale Armutskonferenz  
netzwerk junge bechterewler NRW  
Netzwerk rassismus- und  
diskriminierungsfreies Bayern e.V.  
Nord-Ostdeutsche Gesellschaft für  
Gynäkologische Onkologie (NOGGO  
e.V.)  
Nordring Apotheke - Ina Lucas & Maria  
Zoschke OHG  
Orançengold - Gesundheitsförderung  
Pfleger Angehöriger  
PatientInnen-Netzwerk NRW  
Poliklinik Syndikat e. V.  
Poliklinik Veddel  
Prenzl Apotheke - Ina Lucas & Maria  
Zoschke OHG  
Queermed Deutschland gUG  
Saarländische Armutskonferenz e.V.  
SKM Bundesverband e.V.  
Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD)  
Sozialverband VdK Deutschland e. V.  
STAY! Medinetz - STAY! Düsseldorfer  
Flüchtlingsinitiative e.V.

Steering Committee Gleichstellung,  
Diversität, Inklusion an der Charité  
Stiftung für die Internationalen Wochen  
gegen Rassismus  
Street Doc - Medizinische Versorgung  
für Nichtversicherte und  
Armutsbetroffene  
Türkisch-Deutsche Stiftung für  
Gesundheitsfürsorge und  
Präventivmedizin e. V.  
Verband binationaler Familien und  
Partnerschaften, iaf e.V.  
Verbraucherzentrale Bundesverband  
e.V.  
Verein demokratischer Ärzt\*innen  
Verein demokratischer  
Pharmazeutinnen und Pharmazeuten  
e.V. (VdPP – Pharmazie in sozialer  
Verantwortung)  
VIA, Regionalverband Berlin  
Brandenburg e. V.  
Women's Health Team Hamburg  
Zukunftsforum Familie e.V.